

Fachministerien - ausgearbeitet. Ihre Annahme im Bundestag und im Bundesrat (Ländervertretung) ist zumeist ein formaler Akt. Die Bundesregierung wird vom Bundeskanzler geleitet. Die Minister werden auf seinen Vorschlag vom Bundespräsidenten ernannt und abberufen. Sie sind dem Parlament nicht rechenschaftspflichtig. Mit zunehmender wirtschaftlicher Machtkonzentration geht eine stärkere Zentralisierung der politischen Macht einher, die von einem Abbau der bürgerlichen Demokratie begleitet ist. Der Druck zugespitzter innerer und äußerer Widersprüche und die wachsende Ausstrahlungskraft des → *sozialistischen Welt-systems* zwingen den Imperialismus, sich der neuen Lage in der Welt und den Bedingungen des Klassenkampfes anzupassen, getarntere Formen der Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen anzuwenden, um sie unter ideologischer und politischer Kontrolle zu halten. Veränderungen in den Formen und Methoden der Mächtausübung ändern jedoch nichts am Wesen und Ziel imperialistischer Politik. Dem Imperialismus sind Reaktionen nach innen und Aggression nach außen wesenseigen. Das findet in der BRD u. a. seinen Ausdruck in einer verstärkten staatsmonopolistischen Formierung (Notstandsgesetzgebung), den Maßnahmen im Rahmen der sog. inneren Staatsreform, der Verfolgung aller antimonopolistischen, demokratischen Kräfte. Die sich verschärfenden inneren Widersprüche versucht der Imperialismus der BRD auch durch eine verstärkte Expansionspolitik zu überwinden. Die besondere Aggressivität nach außen findet ihren Ausdruck in dem Streben nach Beseitigung des Sozialismus in der DDR u. a. sozialistischen

Ländern Europas, in dem Drang nach atomarer Bewaffnung und Vorherrschaft in der EWG und in der NATO sowie in einem ausgeprägten Neokolonialismus. Ideologisch wird diese Politik im Inneren der BRD durch die geistige Manipulierung der Bevölkerung, besonders durch die Verbreitung des → *Antikommunismus* und des -* *Nationalismus*, gefördert. Nach außen wird versucht, vor allem mit Hilfe der → *ideologischen Diversion*, die sozialistischen Länder aufzuweichen (→ „neue Ostpolitik“). Das veränderte internationale Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus und der Druck der Volksmassen im imperialistischen Machtbereich einerseits und das imperialistische Streben nach größerem außenpolitischem Spielraum andererseits bewirken in der Gegenwart realistischere Züge in der Außenpolitik der BRD, die im Abschluß der Verträge zwischen der UdSSR sowie der Volksrepublik Polen und der BRD ihren Niederschlag finden. Die Verwirklichung der Verträge stellt einen wichtigen Beitrag zur Normalisierung der Lage in Europa dar, der der Festigung des Friedens neue Impulse verleiht sowie der europäischen Sicherheit und der Durchsetzung einer Politik der → *riedlichen Koexistenz* dient. → *bürgerlicher Staat*

Bundesstaat: durch staatsrechtlichen Zusammenschluß mehrerer Einzelstaaten (Gliedstaaten), entstehender Staat, wobei die Einzelstaaten eine Reihe ihrer Souveränitätsrechte auf den Gesamtstaat übertragen, andere aber weiterhin selbständig ausüben. Im B. erfolgt eine Aufteilung der staatlichen Hoheitsrechte auf Bund und Glieder. Vorbild sozialistischer bundesstaatlicher Ge-